

**BUNDEMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND FRAUEN**


XXII. GP.-NR

1439/AB

2004-04-08

zu 1447/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: 11.001/15-1/A/3/04Wien, **EZ APR. 2004**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 1447/J der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde**, wie folgt:

Frage 1:

Vorerst darf ich darauf hinweisen, dass das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen erst durch die Novelle zum Bundesministeriengesetz mit 1.5.2003 eingerichtet worden ist und sich die Beantwortung der Frage daher nur auf den Zeitraum danach bezieht. Außerdem möchte ich festhalten, dass durch mein Ressort keine Werbemaßnahmen durchgeführt werden, sondern lediglich die in Hinblick auf die Aufgaben meines Ressorts notwendige Informationsarbeit für die Bevölkerung vorgenommen wird.

2003/2004

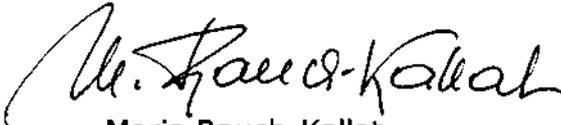
Druckkostenbeiträge und Medienkooperationen für diverse Informationsbroschüren zur Gesundheitsförderung	€ 411.479,67.-
Zuschuss zur Informationskampagne „Es ist nie zu spät, den ersten Schritt zu machen“, des FGÖ	€ 300.000,00.-
Informationsmaßnahmen des BMGF zur Gesundheitsförderung „Innerer Schweinehund“	€ 169.859,31.-

Frage 2:

Bei den angefragten Informations- und Werbemaßnahmen handelt es sich zum Großteil um keine Werbemaßnahmen im herkömmlichen Sinn. Es wurden lediglich – zur Erreichung einer möglichst großen Öffentlichkeit im Interesse des jeweiligen Anliegens – Instrumente der Werbung genutzt. Wie aus dieser und

bereits erfolgten Anfragebeantwortungen zu diesem Thema ersichtlich, handelt es sich bei den Maßnahmen des BMGF um Informationsarbeit zu wichtigen Themen und nicht um personenbezogene Imagekampagnen. Gerade in Fragen der Gesundheitsförderung (Prävention), in denen der persönliche Lebensstil im Mittelpunkt steht, kann ausschließlich mit den Mitteln der Information versucht werden, individuelle Verhaltensänderungen, z.B. bei der gesunden Ernährung, der körperlichen Bewegung und dem Missbrauch von Suchtmitteln herbeizuführen oder zumindest Nachdenkprozesse einzuleiten. Diese Informationsmaßnahmen führen mittelfristig zu einer Entlastung unseres Gesundheitssystems.

Mit freundlichen Grüßen
Die Bundesministerin:



Maria Rauch-Kallat